

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Druckerei der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Auer Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 33. Für unvollständig eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

**Abbestellung:** Die Abbestellung des Auer Tageblattes oder des Auer Sonntagsblattes muss spätestens am 1. März d. J. bei der Redaktion in Auer eingeleitet werden. Die Abbestellung muss schriftlich oder durch den Postboten gegen Vorlage der Abbestellungsbescheinigung erfolgen. Die Abbestellung muss für die Zukunft gelten. Die Abbestellung muss für die Zukunft gelten. Die Abbestellung muss für die Zukunft gelten.

Nr. 45

Freitag, den 22. Februar 1918

13. Jahrgang

# Beginn der Verhandlungen mit Rumänien.

Lenin und Trozki bestätigen ihr Friedensangebot. — Unaufhaltsamer Vormarsch in Estland. — Die bisherigen Ergebnisse des U-Boot-Krieges. — Streitdebatte im Sächsischen Landtag.

## Unter Vormarsch im Osten.

Der gestrige Abendbericht unseres Obersten Heeresleitung meldet:

Der Vormarsch im Osten dauert an. Deutsche Truppen sind in Minsk eingerückt.

## Das neue russische Friedensangebot.

Wie wir hören, sind die russischen Volkskommissare der Aufforderung ihr Friedensangebot schriftlich zu bestätigen, Mittwoch nachgekommen. Das bezügliche Schreiben hat unsere Linien inzwischen passiert. Damit dürften auch die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte von einem Sturze der Regierung Trozki's und Lenins hinfällig sein.

## Die Verhandlungen mit Rumänien.

Nach einer amtlichen Meldung aus Berlin begab sich Staatssekretär von Kühlmann gestern Abend über Wien nach Bukarest.

## Ein russischer Soldatenaufbruch für den Frieden.

In der russischen Armee macht sich eine gegen Lenin und Trozki gerichtete Bewegung bemerkbar. Es hat sich sogar ein Komitee für alle Armeen gebildet, das an die Soldaten einen Aufruf erlassen hat, in dem es heißt:

Kameraden! Ihr habt nun gesehen, daß bei der augenblicklichen Lage nur Lenin und Trozki den Frieden verhindern haben. Was von den hervorstechendsten demokratischen Führern angesagt wurde, ist eine Tatsache geworden. Diejenigen, die am meisten nach dem Frieden geschrien haben, können ihn uns nicht geben. Lenin hat nicht mehr den Mut, Euch die aufrichtige Wahrheit zu sagen, und versucht, die Schuld auf andere abzuwälzen. Lenin und Trozki wußten, was sie tun, und führen jetzt das gegeneinander aufgehetzte Volk zum blutigen Kampf. Kameraden, Ihr und nur Ihr allein könnt dem mörderischen Spiel mit dem Schicksal ein Ende machen. Erklärt einstimmig und kategorisch, daß das Land solche Führer haben muß, die ihm wirklich den Frieden geben können, und nicht Ausfertige und vielversprechende Worte. Fordert sofort die Gründung einer allrussischen Regierung und die Beseitigung der Usurpatoren-Gruppe, mit Lenin an der Spitze, die nunmehr sogar von ihren Anhängern im Stiche gelassen werden. Solche Regierung wird von dem Lande und von anderen Mächten anerkannt und kann die Friedensverhandlungen sofort wieder beginnen. Kameraden! Sammelt einstimmig Eure Kräfte und legt Euer Schicksal in die Hände der neuen Regierung, mit Tschernow an der Spitze. Nur auf diese Weise könnt Ihr Euer Vaterland retten, nur auf diese Weise den größten Qualen ein Ende bereiten."

## Rußlands Doppelspiel.

Der "Corriere della Sera" meldet aus Petersburg: Der Rat der Volkskommissare erklärte im Sowjet, die Waffenhandlungen gegen den Feind würden voraussichtlich nicht ausgenommen. Rußland wünscht nach wie vor den Frieden. Gleichzeitig meldet der "Corriere della Sera", daß die Rekrutierungsbehörden in ganz Rußland ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben.

## Wachsende Unsicherheit in ganz Rußland.

Nach einem Amsterdamer Blatte erzählt die "Times" aus Petersburg: Es wurde entdeckt, daß in Gold gebundene und mit Juwelen verzierte Messbücher und Messutensilien im Werte von 80 Millionen Rubel dem Moskauer Patriarchen gestohlen wurden. Die Post wird am besten Tage durch bewaffnete Banden überfallen. Die Landesverteidigungskommissionen in der Provinz konnten nicht verhindern, daß die Bauern die Güter plündern und dann untereinander handgemein wurden. Die von der Front zurückkehrenden Soldaten sind unzufrieden, weil sie zur Plünderung der Güter zu spät kamen, und suchen die Dörfer heim.

## Der heutige amtliche Kriegsbericht

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 22. Februar. Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minenwerfertätigkeit und kleinere Erdstöße. An der Bahn Sperr-Koulers wurde eine englische Feldwache überrumpelt und gefangen.

In den letzten drei Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde aus 24 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballons abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz Heeresgruppe von Eichhorn.

In Estland wurde Hapsal genommen. Das erste Estenregiment hat sich dem deutschen Kommando unterstellt. In Livland stehen unsere Kolonnen über Konneburg, Wollmar und Spandau hinaus vor.

Unter dem Jubel der Bevölkerung sind unsere Truppen in Rjeczka eingerückt. Von dort stehen sie bis Ruzyn vor. Mlad wurde besetzt.

Heeresgruppe Binsingen.

Bei Unternehmung der Ukraine in ihrem Befreiungskampf wurden Fortschritte erzielt. In Rowogradwolensk haben wir die Verbindung mit ukrainischen Truppen aufgenommen. Andere Kolonnen marschieren auf Dubnow.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

## Der Marineminister aufgehängt.

Die "Depeche de Lyon" bringt eine Mitteilung vom Roten Kreuz der Vereinigten Staaten aus Petersburg, die Rosalen hätten den Marineminister in einem Eisenbahnzuge festgenommen und aufgehängt.

## Die Ungültigkeitserklärung der russischen Staatsschulden.

Wie bereits gemeldet, haben die Vertreter der mit Rußland verbündeten Staaten und der neutralen Staaten gegen die Annullierung der russischen Staatsschulden einen energischen Protest eingelegt. Dieser Protest hat wegen seines Inhaltes und seines Tones bei der russischen Bevölkerung Empörung hervorgerufen. Die russische Regierung erklärt, der Protest sei vollständig ungültig zu machen, bedürfte es anderer Maßnahmen. Auch die Forderung der Mächte, den ihren Untertanen durch die Annullierung entstandenen Schaden zu ersetzen, schreckt die Regierung ebensowenig wie Drohungen.

## Der Vertrag mit der Ukraine im Hauptauschuß.

Annahme des Vertrages.

Der Hauptauschuß des Reichstages beriet gestern die wirtschaftliche Seite des Friedensvertrages mit der ukrainischen Volksrepublik. Exzellenz Brüner erläuterte die einschlägigen Bestimmungen. Der Vertrag läßt zu einem engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Deutschland freie Hand. Der Austausch landwirtschaftlicher und industrieller Erzeugnisse zwischen uns und der Ukraine soll durch Zentralstellen unter staatlicher Kontrolle unter Mitwirkung gemischter Kommissionen erfolgen. Die Vertreter der Ukraine waren nicht in der Lage, genaue Angaben über die in ihrem Lande lagernden Lebensmittelmengen zu geben. Es dürften aber doch erhebliche Mengen vorhanden sein. Um guten Willen, sie zu liefern, fehlt es den Ukrainern nicht. Andererseits haben diese Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten usw. Unterstaatssekretär Göppert gab Auskunft über die Organisation der erwähnten Zentralstellen. Die Zufuhr von Getreide wird möglichst gefördert. Es ist zu diesem Zweck Aufnahme des Schiffsverkehrs auf dem Schwarzen Meer nach der Befreiung der Minen in Aussicht ge-

nommen. Hierauf gab General Friedrich Kustanff über die Aufklärungstätigkeit bei den gefangenen Ukrainern. Die in Frage kommenden Ukrainer werden in der Lage sein, dahem die Bügen der Entente zurückzuführen.

In der Nachmittags Sitzung des Hauptauschusses wurde der Friedensvertrag angenommen. Die Annahme erfolgte gegen 2 Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten in Abwesenheit der Polen.

## Ein deutscher Einspruch in Wien.

Der Aufruf des österreichischen Polenklubs, in welchem unter heftigen Angriffen und durchaus grundlosen Anschuldigungen gegen Deutschland und gegen den ukrainischen Friedensvertrag protestiert wird, ist vom amtlichen Wiener politischen Korrespondenzbureau verbreitet worden. Es hat das in Berlin unangenehm berührt, um so mehr, als von deutschen amtlichen Stellen peinlich jede Einmischung in österreichische Angelegenheiten vermieden wird. Der Vertreter Deutschlands in Wien ist deshalb beauftragt worden, gegen das Vorgehen des amtlichen Wiener Nachrichten-Bureaus an zuständigen Stelle vorstellig zu werden.

## Die Drangsalierung der Deutschen in den baltischen Provinzen.

Der Kaiser und die baltischen Gouverneure.

Die estländische Ritter- und Landschaft hatte am 15. d. M. an die Reichsleitung den Ruf um Hilfe ergehen lassen. Eingedenk der alten Beziehungen zwischen Lübel und dem Baltischen richtete sie an denselben Tage auch an den Vizekanzler in Lübel die dringende Bitte, den Senat zu veranlassen, ihren Hilferuf zu unterstützen. Der Senat hat dieser Bitte entsprochen und sich direkt an den Kaiser gewandt. Daraus ist dem Senat jetzt vom Kaiser folgende Antwort zugegangen: Senat der Freien und Hansestadt Lübel. Die Worte des Senats der altherwürdigen Hansestadt Lübel haben in meinem Herzen lauten Widerhall gefunden. Der verzweiflungsvolle Notruf, der aus dem Baltischen immer dringender zu uns herüberhallt, soll nicht unerhört bleiben. Wirksame Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die gequälte Bevölkerung vor dem Sengen und Plündern räuberischer Horden sicherzustellen und dem Zustande völliger Gesetzlosigkeit ein Ende zu machen. Wilhelm, I. R.

## Die Lage in Estland und Livland.

Flüchtlinge in Riga erzählen, daß sich die Lage in Estland und Livland täglich verschlimmert. In Stadt und Kreis Werro sind über 100 Deutsche, in Fellin etwa 140 und in Pernau 14 verhaftet worden. In den lettischen Streifen haben russische Verhaftungen bis jetzt noch nicht stattgefunden. Der bekannte Aufruf zur Befreiung aller deutschen Männer über 17 und aller deutschen Frauen über 20 Jahre wurde auch in Dorpat verbreitet. Bei Dorpat ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Deutschen und der Roten Garde gekommen, von der fünf Mann getötet wurden. Besterer Umstand kann Anlaß zu neuen Deutschenmorden geben.

## Schwedens Eingreifen in Finnland.

Finnland bittet offiziell um Schwedens Hilfe!

Der finnische Gesandte in Stockholm, Grippenberg, hat einer Pressemeldung zufolge an die schwedische Regierung die Bitte gerichtet, Schweden möge in Finnland eingreifen. Das Gerücht, daß auch der englische und französische Gesandte im Namen ihrer Regierung die schwedische Regierung aufgefordert hätten, Finnland zu Hilfe zu kommen, wurde vom Ministerpräsidenten in der Kammer in bestimmter Weise für unrichtig erklärt.